

Niederschrift

RAT/IX/036

Rat der Stadt Korschenbroich

Donnerstag, 14.02.2019, 18:00 Uhr

Ratssaal, Don-Bosco-Str. 6, 41352 Korschenbroich

Tagesordnung

I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Rat und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Antrag Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Musikschule Rhein-Kreis Neuss
4. Gemeinsamer Antrag Ratsfraktion CDU und SPD vom 30.01.2019
hier: Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Gemarkung Pesch, Flur 4, südlich entlang der Liedberger Str. von Flurstück 92 bis Flurstück 77
5. Vorlage der Aufstellung zu den Nebentätigkeiten des Bürgermeisters im Rechnungsjahr 2018 gemäß § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW
Vorlage: IX/1085
6. Organisationsuntersuchung Gesamtverwaltung
Vorlage: IX/1078/1
7. Erlass einer neuen Satzung über die Ablösung von Stellplätzen gemäß § 48 Absatz 3 der BauO NRW
Vorlage: IX/1076/1
8. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10/10 „Ortskern/Hannen-Brauerei“ im Stadtteil Korschenbroich
hier: Satzungsbeschluss
Vorlage: IX/884/4

9. 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10/24 „Altes Rathaus“ im Stadtteil Korschenbroich
hier: Satzungsbeschluss
Vorlage: IX/964/3
10. Aufhebungssatzung vom ... zur Satzung über die Abwägung der Abwasserabgabe auf
Kleineinleiter in der Stadt Korschenbroich vom 04.11.1982 sowie zur 1. Satzung zur Ände-
rung der Satzung über die Abwägung der Abwasserabgabe auf Kleineinleiter in der Stadt
Korschenbroich vom 20.01.1995
hier: Beschlussfassung
Vorlage: IX/1048/2
11. Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche
Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) der Stadt Korschenbroich
hier: Beschlussfassung
Vorlage: IX/1090/1
12. Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Klein-
kläranlagen, abflusslose Gruben) der Stadt Korschenbroich
hier: Beschlussfassung
Vorlage: IX/1088/1
13. Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat Ortsmitte Korschenbroich
Vorlage: IX/1082/1
14. Darlehensbericht zum 31.12.2018
Vorlage: IX/1079
15. Mitteilungen
16. Anfragen von Ratsmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Besondere Auszeichnung der Stadt Korschenbroich;
Verdienstmedaille der Stadt Korschenbroich
Vorlage: IX/1100
2. Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Korschenbroich in Gold
Vorlage: IX/1099
3. Mitteilungen
4. Anfragen von Ratsmitgliedern

FDP-Ratsfraktion

Gruhl, Hermann-Joseph	Ratsmitglied
Wolf-Kluthausen, Hanne	Ratsmitglied

Ratsfraktion ULLi/Zentrum

Hübgens, Wolfgang	Ratsmitglied
Makowiack, Bernd	Ratsmitglied

Verwaltung

Dückers, Thomas	Beigeordneter Stadtkämmerer
Gorzelanczyk, Patrick	Leiter Amt 01 (Referat des Bürgermeisters)
Kreuels, Carolin	Schriftführerin
Onkelbach, Georg	Beigeordneter

Nicht anwesend:

Becker, Ute	CDU
Holzenleuchter, Peter	CDU
Kauerz, Wolfgang	CDU
Roden, Erwin	CDU
Siegers, Thomas	CDU
Kirchhoff, Vera	SPD
Kresse, Martin	Bündnis 90/Die Grünen

Niederschrift

Der Bürgermeister Marc Venten eröffnet die 36. Sitzung des Rates der Stadt Korschenbroich und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Weiter stellt er fest, dass der Rat der Stadt Korschenbroich beschlussfähig ist.

Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Rat und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird die Stadtinspektorin Carolin Kreuels einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ratsmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

3. Antrag Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Musikschule Rhein-Kreis Neuss

Das Ratsmitglied Klaus-Peter Schöttke erklärt sich selbst für befangen und nimmt während der Beratung sowie der Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt im für die ZuhörerInnen bestimmten Bereich Platz.

Das Ratsmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass das Ziel des Antrages sei, die Diskussion zu beruhigen. Die Aufgabe des Rates sei es zukünftig darüber zu diskutieren, ob die Deckelung nach ungefähr zehn Jahren erhöht werden könne.

Bürgermeister Marc Venten erkundigt sich, ob die Gespräche kurzfristig erfolgen sollen, da von der Musikschule des Rhein-Kreises Neuss ab April Leistungsbeschränkungen angekündigt worden seien. Er weist darauf hin, dass sich die Beschlusslage nicht geändert habe.

Das Ratsmitglied Peter Berger (CDU) mahnt, dass die Diskussion aus der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren nicht wiederholt werden sollte. Er sei überrascht über den Antrag gewesen. Grundsätzlich stimme die Meinung der CDU-Ratsfraktion mit diesem überein. Allerdings sei die Finanzierung ungeklärt und in der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren die Vertagung beschlossen worden. Gespräche halte er für selbstverständlich. Er habe gehofft, dass die Leiterin der Musikschule des Rhein-Kreises Neuss Ruth Braun-Sauerwein bereits etwas vorgelegt hat. Bezüglich des Fehlbetrages bestehe noch Klärungsbedarf. Weiter legt er dar, dass der Förderverein der Musikschule des Rhein-Kreises Neuss die Situation als brenzlich beschrieben und von Aufnahmestopp und Kündigung berichtet habe.

Allerdings könne er sich nicht vorstellen, dass ab April ein „Kahlschlag“ zu befürchten sei. Er stellt dar, dass die Erhöhung vom Rhein-Kreis Neuss nicht angekündigt worden sei. Schließlich fragt er, was neu an dem Antrag sei. Solange keine Zahlen vorliegen, brächten Gespräche nichts.

Das Ratsmitglied Albert Richter (SPD) erklärt, dass gut wollen nicht gleich gut machen bedeute. Der jetzige Stand sehe so aus, dass die Musikschule des Rhein-Kreises Neuss den Deckelbetrag von 250.000 € ohne Einverständnis überschritten habe. Zudem seien in der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren am 24.01.2019 viele Fragen offen geblieben. Der Kreistag befinde sich derzeit in den Beratungen über den Haushalt und erhöhte den Betrag bereits. Er regt an, die Fragen aus der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren an die Kreistagsmitglieder weiterzugeben. Auch der Rhein-Kreis Neuss habe keine Antworten auf die Fragen. Bezüglich des Schreibens des Fördervereins, ist er der Meinung, dass man diesem mitteilen solle, dass Informationen fehlen. Gespräche seien notwendig. Der Antrag müsse um den Zusatz „auf der Basis des im Hauptausschuss Beschlossenen“ ergänzt werden. Er bittet die Ratsfraktion Bündnis 90/die Grünen ihren Antrag entsprechend umzuformulieren. Das Ergebnis der Gespräche solle an den Hauptausschuss weitergegeben werden. Er merkt an, dass es noch keine Antwort auf das Schreiben des Bürgermeisters Marc Venten vom 29.01.2019 gebe.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass in der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren keine Beschlüsse gefasst, sondern lediglich die Vertagung beschlossen worden sei. Daher müsse der Antrag, wenn, dann mit dem Zusatz „aufgrund der geltenden Beschlusslage“ ergänzt werden.

Das Ratsmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) bemerkt, dass das konkrete Ziel der Gespräche im Beschluss beibehalten werden müsse, dieser aber ergänzt werden könne. Zudem habe er den Eindruck, dass das Problem auf die Musikschule des Rhein-Kreises Neuss verschoben werde. Ein Fehlbetrag könne erst am Ende des Jahres beziffert werden. Für die Leiterin der Musikschule des Rhein-Kreises Neuss Ruth Braun-Sauerwein sei das Risiko zu hoch, weiterhin Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, wenn die Finanzierung unklar ist. Wenn die Musikschule des Rhein-Kreises Neuss dieses Risiko nicht tragen will, sei damit zu rechnen, dass keine neuen Schülerinnen und Schüler aufgenommen und Personal gekündigt werde. Weiter gibt er zu bedenken, dass auch andere freiwillige Leistungen nicht gedeckelt seien und die Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesichert werden müssten.

Bürgermeister Marc Venten entgegnet, dass das Budget für den Bereich Kultur auf 120.000 € gedeckelt sei.

Das Ratsmitglied Albert Richter (SPD) erklärt, dass die SPD-Ratsfraktion einem Beschluss nur auf Basis der geltenden Beschlüsse zustimmen werde. Es müsse eine Zuschusskalkulation pro Schüler vom Rhein-Kreis Neuss vorgelegt werden. Weiter gibt er zu bedenken, dass sich Korschenbroich in der Haushaltssicherung befinde. Gespräche seien aber zu begrüßen. Allerdings solle perspektivisch gedacht und kein „Freifahrtschein“ erteilt werden, ohne vorher weitere Informationen zu erhalten. Zudem müsse analysiert werden, ob ein höherer Zuschuss nötig ist. Es sollten Gespräche mit dem Ziel, den Betrag von 250.000 € nicht zu überschreiten, geführt werden. Daher müsse der Antrag entsprechend modifiziert werden.

Das Ratsmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) verdeutlicht, dass sich Korschenbroich in der Haushaltssicherung befinde und daher keine Möglichkeit bestehe, den Deckelbetrag zu er-

höhen. Sonst riskiere man eine Rüge des Rhein-Kreises Neuss. Der Mehrbedarf solle aus der Kreisumlage finanziert werden.

Bürgermeister Marc Venten stellt richtig, dass nicht der Rhein-Kreis Neuss, sondern die Bezirksregierung die zuständige Aufsichtsbehörde sei, da Korschenbroich Mitglied des Stärkungspaktes sei.

Das Ratsmitglied Raymond Opszalski (CDU) erklärt, dass es schwierig sei, der Debatte zu folgen, wenn man nicht in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses anwesend war.

Das Ratsmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) fasst zusammen, dass die Notwendigkeit bestehe, durch die Verwaltung Klarheit zu schaffen. Der Zusatz „auf Basis bestehender Beschlüsse“ könne ergänzt werden, ein anders lautender Antrag sei aber unsinnig.

Nachdem Bürgermeister Marc Venten sich beim Ratsmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) rückversichert hat, dass der Antrag entsprechend modifiziert werden soll, lässt er darüber abstimmen.

Beschluss-Nr. IX/1105

Der Rat der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung auf Basis bestehender Beschlüsse, Gespräche mit der Musikschule Rhein-Kreis Neuss zu führen, mit dem Ziel, Leistungsbeschränkungen ab April 2019 zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

4. Gemeinsamer Antrag Ratsfraktion CDU und SPD vom 30.01.2019 hier: Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Gemarkung Pesch, Flur 4, südlich entlang der Liedberger Str. von Flurstück 92 bis Flurstück 77

Bürgermeister Marc Venten verweist auf den Antrag der Ratsfraktionen CDU und SPD.

Das Ratsmitglied Andreas Heidemann (CDU) erläutert, dass die Situation bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege besprochen worden sei. Hintergrund für den Antrag sei, dass für die Flurstücke 84 und 85 in der Gemarkung, Pesch, Flur 4, eine Bauvoranfrage für ein Mehrfamilienhaus mit 15 Wohneinheiten vorliege. Ziel sei nicht, das Vorhaben zu verhindern, aber es sei notwendig, Regelungen durch einen Bebauungsplan zu schaffen, da dort bereits mehrere Neubauten errichtet worden seien und um eine weitere Bebauung in der Zukunft regeln zu können. Den Aufstellungsbeschluss müsse der Rat fassen, da der Punkt nicht auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege gestanden und es für die Erweiterung der Tagesordnung an der Dringlichkeit gefehlt habe.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass gemäß der Zuständigkeitsordnung der Stadt Korschenbroich eigentlich der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege für die Angelegenheit zuständig sei, der Rat aber von seinem Rückholrecht Gebrauch machen könne. Dieser Umstand müsse in den Beschluss mit aufgenommen werden, sodass der Beschlussvorschlag aus dem gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen CDU und SPD insoweit ergänzt werden müsse.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach verdeutlicht, dass das Ziel des Bebauungsplanes sei, die Entwicklung in den nächsten Jahren kontrollieren und ordnen zu können. Weiter liest er den Beschlussvorschlag der Verwaltung vor, welcher im späteren Verlauf der Sitzung gleichlautend beschlossen wird. Er ergänzt, dass der Rat tätig werden müsse, um die bauliche Entwicklung nach dessen Vorstellungen kontrollieren zu können.

Das Ratsmitglied Albert Richter (SPD) erachtet den Vorschlag als sinnvoll. Er weist darauf hin, dass bei den tiefen Grundstücken nicht davon ausgegangen werden könne, dass das Korschenbroicher Modell nicht angewendet wird. Die Bevölkerung sollte gefragt werden, was dort geschehen soll.

Auf Nachfrage des Ratsmitglieds Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) erläutert der Beigeordnete Georg Onkelbach, dass Hintergrund des zu fassenden Beschlusses eine Bauvoranfrage sei, die nach derzeitigem Stand genehmigt werden müsse. Es müsse etwas getan werden, da eine Genehmigung möglicherweise Begehrlichkeiten anderer Investoren mit sich bringe. Bei einem laufenden Bebauungsplanverfahren könne die Voranfrage so lange zurückgestellt werden, bis der Bebauungsplan rechtskräftig ist. Alles, was auf den Aufstellungsbeschluss folgt, werde dann wieder im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege vorberaten. Man habe versucht, den Punkt auf die Tagesordnung der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege zu setzen, sei aber an der Dringlichkeit gescheitert, da der Beschluss auch im Rat noch rechtzeitig möglich sei. So könne man in Ruhe planen und der gesamten Entwicklung vorbeugen.

Das Ratsmitglied Albert Richter (SPD) verdeutlicht, dass man nichts verhindern, sondern nur regeln wolle.

Das Ratsmitglied Andreas Heidemann (CDU) ergänzt, dass das Ziel sei, dem politischen Willen entsprechend Regelungen zu treffen und die Einwohnerinnen und Einwohner zu beteiligen. Wenn der Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes nicht gefasst werde, müsse der vorliegende Antrag positiv beschieden werden.

Beschluss-Nr. IX/1106

Der Rat der Stadt Korschenbroich macht von seinem Rückholrecht Gebrauch und beschließt einstimmig bei Stimmenthaltung der Ratsfraktion ULLi/Zentrum anstelle des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege für den Bereich südlich der Liedberger Straße, Gemarkung Pesch, Flur 4, von Flurstück 92 bis Flurstück 77 gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches einen Bebauungsplan aufzustellen. Planungsziel ist die Festsetzung eines Wohngebietes zur geordneten städtebaulichen Entwicklung im Bestand.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen

5. Vorlage der Aufstellung zu den Nebentätigkeiten des Bürgermeisters im Rechnungsjahr 2018 gemäß § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Sitzungsvorlage und stellt anschließend die Kenntnisnahme des Rates der Stadt Korschenbroich fest.

Beschluss-Nr. IX/1085

Der Rat der Stadt Korschenbroich nimmt die Nebentätigkeiten des Bürgermeisters im Rechnungsjahr 2018 gemäß § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW mit beiliegender Aufstellung zur Kenntnis.

6. Organisationsuntersuchung Gesamtverwaltung

Bürgermeister Marc Venten schlägt vor, über alle Beschlussvorschläge insgesamt abzustimmen, wozu er keine Widerrede aus dem Rat der Stadt Korschenbroich erhält.

Beschluss-Nr. IX/1078/1

Der Rat der Stadt Korschenbroich nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt auf Empfehlung des Hauptausschusses im Zusammenhang mit der Organisationsuntersuchung der Gesamtverwaltung einstimmig bei Stimmenthaltung der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt:

- a) der Rat der Stadt Korschenbroich nimmt die neue Aufbauorganisation der Kernverwaltung der Stadt Korschenbroich laut dem Organigramm-Entwurf (Stand 01.01.2020) zur Kenntnis und befürwortet diese. Eventuelle neue Bezeichnungen der Organisationseinheiten gelten ab dem jeweiligen Umsetzungszeitpunkt,
- b) der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt die Verlagerung des Aufgabenbereiches „Recht, inkl. Datenschutz“ zum 01.09.2019 aus dem Amt 32 Recht, Ordnung und Feuerschutz im Fachbereich 2 zum Amt 01 Referat des Bürgermeisters im Fachbereich 1,
- c) der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt die Verlagerung des Aufgabenbereiches „Personal“ zum 01.09.2019 aus dem Amt 11/50/34 Personal, Soziales, Standesamt im Fachbereich 2 in das Amt 10 Zentrale Dienste im Fachbereich 1,
- d) der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt die Verlagerung des Amtes 40 Bildung, Kultur und Sport zum 01.03.2019 aus dem Fachbereich 1 in den Fachbereich 2,
- e) der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt die Verlagerung des Aufgabenbereiches „Ruhender Verkehr“ zum 01.03.2019 aus dem Amt 66 „Tiefbau und Grünflächen“ im Fachbereich 3 in das Amt 32 „Recht, Ordnung und Feuerschutz“ im Fachbereich 2,
- f) der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt, den laut Ratsbeschluss vom 29.11.2018 in die Kernverwaltung wiederinzugliedernden städtischen Eigenbetrieb Stadtpflege dem Fachbereich 3 zuzuordnen,
- g) der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt die Verlagerung der Aufgabe „Abfallbeseitigung“ zum 01.01.2020 aus dem Amt 60 „Gebäudemanagement“ im Fachbereich 3 in den Städtischen Abwasserbetrieb,
- h) der Rat der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung und Vorbereitung der Umsetzung des in der Thematik „Steuerung“ vorgesehenen Eckdatenbeschlusses.

Abstimmungsergebnis: 32 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
3 Stimmenthaltungen

7. Erlass einer neuen Satzung über die Ablösung von Stellplätzen gemäß § 48 Absatz 3 der BauO NRW

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatung im Hauptausschuss.

Beschluss-Nr. IX/1076/1

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt die als Anlage beigefügte Stellplatzablösesatzung.

Abstimmungsergebnis: 35 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

**8. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10/10 „Ortskern/Hannen-Brauerei“ im Stadtteil Korschenbroich
hier: Satzungsbeschluss**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege.

Beschluss-Nr. IX/884/4

1. Der Rat nimmt Kenntnis von den im Rahmen der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB und der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10/10 "Ortskern/Hannen-Brauerei" eingegangenen Anregungen sowie den hierzu abgegebenen Stellungnahmen der Verwaltung und stellt diese in die Abwägung ein. Die Abwägung zu den vorgebrachten Anregungen wird vom Rat entsprechend den Empfehlungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege vom 13.11.2018, die zu den einzelnen Anregungen abgegeben wurden, abschließend beschlossen.
2. Die durch Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege vom 26.04.2018 aufgestellte 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10/10 "Ortskern/Hannen-Brauerei" wird gem. § 10 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW.S.666 ff) – SGV.NRW.2023 –, zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90), vom Rat der Stadt Korschenbroich als Satzung beschlossen. Zu der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10/10 "Ortskern/Hannen-Brauerei" gehört die Entscheidungsbegründung, die ebenfalls beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis: 35 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

9. 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10/24 „Altes Rathaus“ im Stadtteil Korschenbroich hier: Satzungsbeschluss

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege.

Beschluss-Nr. IX/964/3

1. Der Rat nimmt Kenntnis von den im Rahmen der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB und der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10/24 „Altes Rathaus“ eingegangenen Anregungen sowie den hierzu abgegebenen Stellungnahmen der Verwaltung und stellt diese in die Abwägung ein. Die Abwägung zu den vorgebrachten Anregungen wird vom Rat entsprechend den Empfehlungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege vom 13.11.2018, die zu den einzelnen Anregungen abgegeben wurden, abschließend beschlossen.
2. Die durch Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege vom 11.09.2018 aufgestellte 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10/24 „Altes Rathaus“ wird gem. § 10 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW.S.666 ff) – SGV.NRW.2023 –, zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90), vom Rat der Stadt Korschenbroich als Satzung beschlossen. Zu der 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10/24 „Altes Rathaus“ gehört die Entscheidungsbegründung, die ebenfalls beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis: 35 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

10. Aufhebungssatzung vom ... zur Satzung über die Abwälzung der Abwasserabgabe auf Kleininleiter in der Stadt Korschenbroich vom 04.11.1982 sowie zur 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwälzung der Abwasserabgabe auf Kleininleiter in der Stadt Korschenbroich vom 20.01.1995 hier: Beschlussfassung

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege.

Beschluss-Nr. IX/1048/2

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt, die als Anlage beigefügte Aufhebungssatzung zur Satzung über die Abwälzung der Abwasserabgabe auf Kleininleiter in der Stadt Korschenbroich vom 04.11.1982 sowie zur 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwälzung der Abwasserabgabe auf Kleininleiter in der Stadt Korschenbroich vom 20.01.1995.

Abstimmungsergebnis: 35 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

**11. Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) der Stadt Korschenbroich
hier: Beschlussfassung**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatung im Gemeinsamen Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich „Städt. Abwasserbetrieb“ und „Stadtpflege“ sowie im Rat der Stadt Korschenbroich.

Beschluss-Nr. IX/1090/1

Der Rat der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege" beschließt die als Anlage beigefügte Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) der Stadt Korschenbroich.

Abstimmungsergebnis: 35 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

**12. Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) der Stadt Korschenbroich
hier: Beschlussfassung**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatung im Gemeinsamen Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege".

Beschluss-Nr. IX/1088/1

Der Rat der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege" beschließt die als Anlage beigefügte Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) der Stadt Korschenbroich.

Abstimmungsergebnis: 35 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

13. Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat Ortsmitte Korschenbroich

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege.

Beschluss-Nr. IX/1082/1

Der Rat beschließt den als Anlage beigefügten Entwurf einer Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat Ortsmitte Korschenbroich.

Abstimmungsergebnis: 35 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

14. Darlehensbericht zum 31.12.2018

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers verweist auf den Kassenbestand. Dieser sei so hoch, da die Erschließungskosten der Neubaugebiete Am Holzkamp und An der Nies-Aue noch nicht abgerechnet seien. Zudem seien die Investitionspauschalen enthalten.

Beschluss-Nr. IX/1079

Der Rat der Stadt Korschenbroich nimmt die Unterrichtung über die laufenden / aufgenommenen Kredite im 2. Halbjahr 2018 zur Kenntnis.

15. Mitteilungen

- a) Bürgermeister Marc Venten teilt mit, dass am 20.02.2019 um 18 Uhr im Ratssaal die zweite Jugendkonferenz stattfindet. Hier solle der Stand der Ergebnisse der ersten Jugendkonferenz besprochen werden.

Das Ratsmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) erkundigt sich danach, ob der Teilnehmerkreis festgelegt sei, woraufhin Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass bei der ersten Jugendkonferenz in Absprache mit dem Kreisjugendamt die Politik nicht dabei gewesen sei. Lediglich er als Bürgermeister, der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers sowie das Ratsmitglied Frank Wagemann seien anwesend. Man wolle die Konferenz politisch nicht überfrachten.

- b) Weiter teilt Bürgermeister Marc Venten mit, dass am 11.03.2019 um 19 Uhr im Forum der Realschule eine Informationsveranstaltung zur Großbaustelle Holzkamp/Püllenweg stattfindet. Hierzu werden alle Kleinenbroicher per Postwurfsendung eingeladen.

- c) Zudem gibt er bekannt, dass ein positiver Bescheid der Bezirksregierung bzgl. der Hinweistafeln an Autobahnen für Liedberg vorliege. Der entsprechende Antrag sei bereits am 20.09.2018 gestellt worden. Die Schilder sollen an der A46 Grevenbroich-Kapellen aufgestellt werden.

- d) Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers teilt mit, dass sich der Rhein-Kreis Neuss derzeit in den Haushaltsberatungen befinde. Hierzu haben die kreisangehörigen Kommunen eine Stellungnahme abgegeben, die er dem Rat gerne zur Kenntnis gebe.

Das Ratsmitglied Albert Richter (SPD) erkundigt sich, ob in dieser Stellungnahme ein Hinweis auf die Deckelung des Zuschusses an die Musikschule des Rhein-Kreises Neuss auf 250.000 € enthalten sei, was Bürgermeister Marc Venten mit dem Hinweis verneint, dass es sich um eine gemeinsame Stellungnahme aller kreisangehörigen Kommunen handle und nicht alle an der Musikschule des Rhein-Kreises Neuss beteiligt seien.

Auf weitere Nachfrage des Ratsmitgliedes Albert Richter (SPD) sichert der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers zu, das Schreiben des Bürgermeisters dem Kreistag zuzuleiten.

- e) Der Beigeordnete Georg Onkelbach teilt mit, dass am 18.02.2019 um 18.30 Uhr im Ratssaal die erste Sitzung des Gestaltungsbeirates Ortsmitte Korschenbroich stattfindet. Eine entsprechende Einladung sei bereits versendet.

- f) Der Beigeordnete Georg Onkelbach bezieht sich auf den Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in den Haushaltsberatungen und schlägt vor, am 16.03.2019 um 10 Uhr die Einbahnstraßen mit dem Fahrrad abzufahren.
- g) Der Beigeordnete Georg Onkelbach gibt bekannt, dass das Stattfinden der Sitzung des Lärmschutzbeirates am 20.03.2019 fraglich sei, da der Geschäftsführer des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach abgesagt habe.
- h) Der Beigeordnete Georg Onkelbach macht darauf aufmerksam, dass am 21.03.2019 um 18 Uhr die Lärmschutzkommission Flughafen Düsseldorf tage.

16. Anfragen von Ratsmitgliedern

Es werden keine Anfragen von Ratsmitgliedern gestellt.

Hiermit bestätige ich, dass diese digitale Ausfertigung der Niederschrift mit dem Original übereinstimmt.

gez.
Marc Venten
Bürgermeister